



Sägen an der eigenen Existenz: Arbeiter im Regenwald von Gabun, Afrika.

Foto: Gallo Images/CORBIS

Mit Sachverstand an die Kettensäge

Regenwald wird am besten genutzt, wenn Ureinwohner ihn in Eigenregie verwalten

Von Torsten Engelbrecht
und Philip Wolff

Die Deutschen sitzen mit am Verhandlungstisch. Die Dayak aus Ost-Kalimantan nicht, ebenso wenig die Bewohner der heiligen Wälder Ghanas oder kanadische Westküsten-Indianer. Die Gesandten aus 59 Staaten, die seit dem gestrigen Montag in Genf bei der Internationalen UN-Regenwaldkonferenz über die Neufassung des Internationalen Tropenholz-Übereinkommens von 1994 beraten, stecken Wege zum Erhalt und zur Bewirtschaftung der Regenwälder für die kommenden Jahre ab. Es geht darum, eine Balance zu finden zwischen den lokalen und den globalen Interessen. Die Frage ist nur, wie?

Eine Gruppe von Forschern um die amerikanische Anthropologin Augusta Molnar bemängelt jetzt, dass dabei wichtige Experten nicht gehört werden – angeblich zum ökologischen wie ökonomischen Nachteil aller Beteiligten. Am vergangenen Donnerstag präsentierte die Organisation *Forest Trends* in Genf eine Studie, derzufolge die Einheimischen der Regenwaldgebiete ihre Pflanzenwelt weit effektiver zu schützen und zugleich zu nutzen verstehen, als staatliche Programme es bisher ermöglichen. Öffentliche Mittel für den weltweiten Regenwaldschutz blieben den indigenen Bevölkerungsgruppen jedoch verwehrt. Die Forscher fordern deshalb für die Zukunft politische Mitsprache der eingeborenen Experten bei den Verhandlungen.

Dokumentationen aus mehr als zehn internationalen Naturschutz-, Entwicklungshilfe- und Forschungsinstitutionen haben die Mitarbeiter von *Forest Trends* ausgewertet, ebenso Daten des Luftaufnahmesystems *Local Earth Observation* sowie Beiträge von 181 Wissenschaftlern vor Ort. Das Ergebnis: Die traditionellen Regenwaldbewohner, die zurzeit 22 Pro-

zent der Waldgebiete in den Entwicklungsländern besitzen oder bewirtschaften, bewahren mehr artenreichen Wald, als in allen staatlichen Schutzgebieten weltweit zusammen zu finden ist. Sie bräuchten dafür Zeit, Arbeit und Geld im Wert von jährlich bis zu 2,6 Milliarden Dollar auf, das entspricht exakt den staatlichen Investitionen der Entwicklungsländer selbst – und etwa dem Dreifachen der Hilfen aus Industrienationen. Deutschland finanziert Projekte mit etwa 128 Millionen Euro pro Jahr. Viele Millionen ließen sich jedoch sparen, so die Forscher, wenn man die Regenwaldbewohner Asiens, Afrikas und Amerikas in die Bemühungen einspannte. „Unsere Analyse zeigt auf, dass dies eine kostengünstige und nachhaltige Lösung wäre“, sagt Arvind Khare, Mitautor der Studie.

Am gründlichsten belegen die Forscher diese These am Beispiel Mexiko – dem Land mit dem größten Anteil indigener Einwohner an der Holzwirtschaft: 80 Prozent des Regenwalds unterstehen dort lokalen Gemeinschaften. In deren Wäldern, so schreiben die Forscher, gedeihe eine Artenvielfalt, wie sie auch für Mexikos staatliche Waldschutzprogramme Maßstab sei. Dafür investierten die Holzbetriebe der Einheimischen jährlich pro Hektar Wald doppelt so viel Geld wie der Staat im Jahr für einen Hektar Schutzgebiet. Zugleich erwirtschafteten sie Erlöse, mit denen man Krankenstationen und Schulen bauen könne.

Auch der Staat profitiere: Eine indigene Volksgruppe in Mexiko erhielt eine staatliche Anschubhilfe von 1,2 Millionen Dollar pro Jahr. Damit konnte sie in den vergangenen Jahren 175 000 Hektar Regenwald bewirtschaften. Die Mehreinnahmen des Staates aus diesem Projekt liegen mittlerweile in jährlich derselben Höhe, schreiben die Forscher. Solche Vorteile seien bekannt. Seit 1989 habe sich weltweit der Landbesitz indigener Ge-

meinschaften mehr als verdoppelt. Doch das ist laut *Forest Trends* bei weitem nicht genug. Laut Weltbank sind 25 Prozent der Menschen unterhalb der Armutsgrenze wirtschaftlich abhängig vom Wald. Die Organisation fordert, sie sollten mehr Chancen bekommen. Zu klein sei die Gruppe derer, die aufgrund ihrer Kenntnisse der Natur die Verantwortung für die Nutzung der Regenwälder erhalten. In Ghana etwa sind es die Hüter heiliger Wälder, die Pflanzen und Tiere unter religiösen Schutz stellen. In Ost-Kalimantan sind es die Dayak, deren variationsreiche Kulturpflanzen im Schatten uralter Baumriesen gedeihen.

Dagegen steht das wirtschaftliche Potenzial, das mit Hilfe von Bulldozern der Tropenholz-Industrie aus den Urwäldern zu ziehen ist. Bereits Ende der 90er-Jahre hatte der Mensch laut einer Studie des Washingtoner *World Resource Institute* 80 Prozent der großen Wälder dieser Erde zerstört. Im Amazonasgebiet verschwanden im Jahr für 0,5 Prozent der Gesamtfläche. Seit Beginn der 90er-Jahre werden Jahr für Jahr mehr Flächen abgeholzt. Mit Folgen für das Klima: Zehn bis 20 Prozent des in die Atmosphäre entweichenden Kohlendioxids resultieren aus der Abholzung. Nur zwei Prozent der Tropenwälder weltweit werden nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit bewirtschaftet.

Mittlerweile gilt nahezu die Hälfte der verbliebenen „Frontier Forests“ als bedroht – etwa der Regenwald im Kongo, der Zweitgrößte der Welt nach den Waldflächen um den Amazonas. „Im Kongo droht die erste große Umweltkatastrophe des 21. Jahrhunderts“, warnt Simon Counsell, Chef der britischen Umweltorganisation *Rainforest Foundation*. So will die Regierung der Demokratischen Republik Kongo mit Hilfe der Weltbank demnächst 60 Millionen Hektar Regenwald für den kommerziellen Holz-

einschlag freigeben – eine Fläche so groß wie Frankreich, Heimat von 400 Säugerarten, die zum Großteil nur hier vorkommen. Bisher hatte der Bürgerkrieg den Regenwald bewahrt, 80 000 Kubikmeter Holz wurden pro Jahr produziert. Doch seit Abschluss eines Friedensvertrags kalkuliert die Weltbank, dass bis zu 10 Millionen Kubikmeter exportiert werden könnten. Dabei will sie mit Krediten helfen. „Die Frage ist, wie Regierung, Weltbank und Hilfsorganisationen das beste Regulierungssystem installieren können“, sagt Weltbank-Experte Giuseppe Topa. Die Bevölkerung indes werde an den Entscheidungen nicht beteiligt, kritisiert Simon Counsell – weshalb sich im März ein Netzwerk kongoleischer Umweltgruppen gebildet hat.

Abholzen mit deutschem Kredit

Aus anderen Regionen der Welt wird indes Ähnliches berichtet. So schätzt die Weltbank, dass es auf Sumatra im kommenden Jahr und auf Borneo von 2010 an keine Tieflandregenwälder mehr geben werde. Der Grund dafür sei, dass der industriellen Holz- und Landwirtschaft, den zwei primären Ursachen für die Waldvernichtung, kein Einhalt geboten werde. Unerbittlich fressen sich in Südostasien zudem riesige Palmöl-Plantagen in die Wälder – zum Teil finanziert mit Krediten deutscher Banken und abgesichert durch deutsche Hermes-Bürgschaften. In Brasilien wird der Amazonas-Wald unaufhaltsam umgewandelt in gigantische Vieh-Weideflächen oder Soja-Plantagen (*SZ* vom 3. 7.).

Zwar ist man seit Jahren bestrebt, so genanntes *Reduced Impact Logging* (RIL) in den Tropen zu etablieren. Dabei sollen einzelne Bäume auf schonende Weise aus dem Wald geholt werden. Doch Studien belegen, dass nach wie vor destruktive Einschlag-Praktiken dominieren – nicht zuletzt, weil die notwendigen Gesetze und Kontrollmöglichkeiten fehlen, um RIL durchzusetzen.

Deshalb will die EU nun vor allem den illegalen Holzeinschlag bekämpfen, der in vielen Ländern maßgeblich zur Urwaldvernichtung beiträgt. Den betroffenen Ländern entstehen dadurch jährlich Schäden von 10 bis 15 Milliarden Euro. Illegal geschlagenes Holz im Wert von 1,2 Milliarden gelangt angeblich jedes Jahr in die EU. Am vergangenen Dienstag beschloss die EU-Kommission einen Aktionsplan. „Genau wie beim illegalen Drogenhandel, wollen wir auch hier das Problem an der Wurzel packen, indem wir helfen, wirksame Rechtssysteme einzuführen und das Bewusstsein zu schärfen“, sagt Ewa Hedlund, Sprecherin von EU-Umwelt-Kommissarin Margot Wallström. Ein Importverbot allerdings kam nicht zustande. Die EU setzt auf Partnerschaften mit den Herkunftsländern, um sie bei der Förderung verantwortungsvoller Holzwirtschaft zu unterstützen. Seit Mitte der 90er-Jahre stellte die EU für die nachhaltige Bewirtschaftung der weltweiten Waldbestände knapp 670 Millionen Euro zur Verfügung.

Vor Handelsrestriktionen oder dem Einfrieren von Hilfsgeldern jedoch schreie die EU-Kommission zurück, kritisiert Simon Counsell von der *Rainforest Foundation*. „Sie will es sich mit den Regierungen vor Ort nicht verscherzen.“ Dabei seien oft höchste staatliche Stellen in die kriminellen Machenschaften involviert – wie in Kamerun, wo der Neffe des Präsidenten ein Unternehmen führt, das des illegalen Loggings überführt wurde. Die Methoden der traditionellen, schonenden Waldbewirtschaftung dagegen würden verdrängt. „Die Leute vor Ort, die seit Jahrtausenden mit dem Wald gelebt haben, ohne ihn zu dezimieren, könnten eine Schlüsselrolle spielen“, betont auch Counsell. „Man müsste sie nur stärker an der Nutzung des Waldes und dessen Bewahrung teilhaben lassen.“